



Kiel, 24. Juni 2014

Nr. /2014

Martin Habersaat:

Konstruktive Debatte über die Lehrerbildung

Zum bisherigen Verlauf der Anhörung zum Regierungsentwurf für das neue Lehrkräftebildungsgesetz erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Mit rund 40 schriftlichen Stellungnahmen zum Regierungsentwurf hat es über die Zukunft der Lehrerbildung eine beinahe so breite Debatte gegeben wie um das Schulgesetz, das der Landtag im Januar verabschiedet hat. Dieses Gesetz soll die bereits vor sieben Jahren erfolgte Neustrukturierung des schleswig-holsteinischen Schulwesens auch in die Lehrerbildung übertragen.

Selbstkritisch müssen wir zugeben, diese Diskussion mehrfach durch neue Eckwerte und Vereinbarungen mit den Hochschulen unnötig belastet zu haben. Das hat dazu geführt, dass diese Anhörung wie kaum eine andere von Diskussionen überlagert war, die sich allenfalls am Rande im Gesetzestext abbilden, aber dessen Umsetzung entscheidend mitbestimmen werden.

Im Wesentlichen gab es drei Diskussionsrichtungen:

- Wie nicht anders zu erwarten, haben diejenigen, die das dreigliederte Schulwesen weiterhin für richtig halten, das Gesetz in Bausch und Bogen abgelehnt. Wir respektieren diesen Standpunkt, wollen ihm aber natürlich nicht folgen.
- Viele Stellungnahmen, besonders aus den an der Lehrerbildung beteiligten Hochschulen, waren in hohem Maße von regionalen Interessen und von Befürchtungen geprägt, die eigene Hochschule könne Schaden nehmen, wenn das eine oder andere Fach an einer anderen Hochschule ausgebaut würde. Wir erwarten, dass die im Mai getroffene Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den lehrerbildenden Hochschulen einen gangbaren Weg weist, der den Interessen der künftigen Lehrer, den

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Standortinteressen, besonders der Universitäten in Flensburg und Kiel, und nicht zuletzt der finanziellen Lage des Landes Rechnung trägt.

- Bei mancher Kritik an den Rahmenbedingungen, besonders der objektiv geringen Finanzierung der Hochschulen durch das Land, hat es bei vielen Anzuhörenden aber sehr viel Zustimmung dazu gegeben, alle drei Phasen der Lehrerbildung – Studium, Vorbereitungsdienst und Weiterbildung – in einem Gesetz zu regeln und die künftigen Lehrämter an den mittlerweile etablierten Schulstrukturen auszurichten. Sie haben auf wichtige Probleme hingewiesen, die im Zusammenhang mit dem Gesetz zu lösen sind, wie die Bezuschussung der Fahrten zwischen Hochschule und Praktikumsschule und mittelfristig die Besoldungsanpassung.

Wir sehen der morgigen mündlichen Anhörung im Bildungsausschuss mit Interesse entgegen und werden uns darum bemühen, möglichst viele der konstruktiven Anregungen in den Gesetzestext einfließen zu lassen.